

ZUR DEBATTE UM EIN SOCIAL-MEDIA-VERBOT

„Ein Social-Media-Verbot wird Desinformation und Propaganda nicht stoppen“

- Die Bildungsstätte Anne Frank fordert eine umfassende Bildungsoffensive für digitale Mündigkeit junger Menschen und Unterstützung von Lehrkräften im Umgang mit digitaler Radikalisierung und Desinformation
- Qualitativ hochwertige Bildungsinhalte im Netz müssen ausgebaut und entsprechende Angebote der außerschulischen politischen Bildung nachhaltig gefördert werden
- Bestehende Regulierungsinstrumente wie der Digital Services Act müssen konsequenter durchgesetzt und erweitert werden

Die aktuelle Debatte um ein mögliches Social-Media-Verbot für Kinder und Jugendliche ist aus Sicht der Bildungsstätte Anne Frank überfällig. Zu lange wurde der digitale Raum – insbesondere mit Blick auf junge Nutzer*innen – politisch unterschätzt und regulatorisch halbherzig behandelt. Gleichzeitig warnt die Bildungsstätte davor, die komplexen Herausforderungen allein durch ein Verbot lösen zu wollen.

„Es ist zu begrüßen, dass wir endlich ernsthaft darüber diskutieren, wie Kinder und Jugendliche im digitalen Raum zu schützen sind – und auch die Regierungskoalition den grob fahrlässigen Umgang mit Blick auf die Mediennutzung der nachwachsenden Generation beenden möchte. Doch **ein Social Media-Verbot für Jugendliche allein macht sie noch nicht zu mündigen Nutzer*innen**. Statt Verboten brauchen wir eine Bildungsoffensive, die junge Menschen im Umgang mit Social Media und KI stärkt und mit qualitativ hochwertigen Bildungsinhalten im Netz versorgt“, sagt Dr. Deborah Schnabel, Direktorin der Bildungsstätte Anne Frank. **„TikTok, Instagram oder YouTube sind längst zentrale Orte der politischen Meinungsbildung und Wissensaneignung, Orte der Sozialisation, des Austauschs und der Vernetzung**. Hier lernen junge Menschen, ihre Überzeugungen engagiert zu vertreten. Hier zirkulieren aber auch Fake News, Propaganda, antisemitische, rassistische und demokratiefeindliche Narrative – oft algorithmisch verstärkt und kaum reguliert. Politische Antworten müssen also das Spannungsfeld von Schutz- und Teilhaberechten adressieren: Digitale Räume sind heute zentrale Orte der politischen Aushandlung – mit allen Risiken, aber auch mit enormem Bildungs- und demokratischen Partizipationspotenzial.“

Plattformen fungieren als Beschleuniger für Verschwörungserzählungen, Antisemitismus und Fake News auch zur NS-Geschichte, die insbesondere junge Menschen erreichen. Die Dynamiken digitaler Radikalisierung hat die Bildungsstätte Anne Frank in mehreren Publikationen und Analysen untersucht. Zugleich zeigen Studien, dass digitale Räume für viele Jugendliche zentrale Informationsquellen darstellen – häufig ersetzen sie klassische Nachrichtenmedien oder sogar Suchmaschinen. **„Ein Social-Media-Verbot allein wird Desinformation und Propaganda nicht stoppen“**, so Schnabel. **„Wer Plattformen nur verbietet, ohne junge Menschen zu befähigen, Inhalte kritisch einzuordnen, verschiebt das Problem – er löst es nicht. Wir brauchen eine massive Bildungsoffensive für digitale Mündigkeit: lieber ein Internetführerschein als ein Social Media-Verbot.“**

Die Bildungsstätte Anne Frank fordert daher:

- eine **konsequentere Durchsetzung und Erweiterung bestehender europäischer Regulierungsinstrumente** wie des Digital Services Act, insbesondere im Hinblick auf den Schutz Minderjähriger
- **verbindliche Medienbildung** als verpflichtendes Angebot und Querschnittsthema in allen Schulformen, ggf. bereits ab der Grundschule: Der kompetente Umgang mit Social Media und KI-Inhalten soll hier erlernt werden, indem Schüler*innen befähigt werden, digitale Räume kritisch und souverän zu nutzen – mit Angeboten, die über Gefahren und Potentiale von Social Media aufklären, Wissen über Algorithmen, „Big Tech“ und das Entstehen politischer Meinungstunnel vermitteln, sie für Fake News und demokratiefeindliche Narrative sensibilisiert und dafür, sich selbst, ihre Privatsphäre zu schützen und im Fall von Hate Speech kompetent zu reagieren.

- den **Ausbau qualitativ hochwertiger Wissens- und Bildungsinhalte in Sozialen Netzwerken** und eine nachhaltige Förderung entsprechender Angebote der außerschulischen politischen Bildung, um dem Überangebot an Desinformation und Propaganda wirksam etwas entgegenzusetzen
- **Qualifizierung und Unterstützung von Lehrkräften** im Umgang mit digitaler Radikalisierung und Desinformation.

„Digitale Mündigkeit ist kein Nice-to-have, sondern eine demokratische Kernkompetenz“, betont Schnabel. „Wenn wir nicht wollen, dass autoritäre und menschenfeindliche Ideologien den digitalen Raum dominieren, müssen wir ihn politisch gestalten – und junge Menschen darin stärken, ihn kritisch und verantwortungsvoll zu nutzen.“

Hinweise für Ihre Berichterstattung

Die Bildungsstätte Anne Frank steht für Interviews, Hintergrundgespräche und weiterführende Informationen zur Verfügung.

Regelmäßig analysiert die Bildungsstätte Anne Frank Entwicklungen im digitalen Raum. Der jüngste **Digitalreport „Der Holocaust als Meme“ (2025)** mit vielen Beispielen von problematischem History-Content im Netz lässt sich kostenfrei herunterladen unter <https://bsaf.info/ReportRevisionismus>. Im Jahr 2024 erschienen bereits die Digital-Reports „Die TikTok-Intifada. Der 7. Oktober 2023 und die Folgen im Netz“ und „Das TikTok-Universum der (extremen) Rechten“ sowie der von Eva Berendsen, Leo Fischer, Deborah Schnabel und Marie-Sophie Adeoso herausgegebene Sammelband „Code & Vorurteil. Über Künstliche Intelligenz, Rassismus und Antisemitismus“ in der Edition Bildungsstätte Anne Frank im Verbrecher Verlag.

Zu unseren Publikationen: <https://www.bs-anne-frank.de/mediathek/publikationen>

Über die Bildungsstätte Anne Frank

Als Zentrum für politische Bildung ist die Bildungsstätte Anne Frank e.V. in Frankfurt, Hessen und bundesweit aktiv, um Jugendliche und Erwachsene für Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren – und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken.

Auf ihren Social Media-Accounts erreicht die Bildungsstätte mit ihren Beiträgen zu historischen und aktuellen Themen 102.000 Follower auf Instagram und 36.000 Follower auf TikTok (605.000 Likes), außerdem schult und begleitet die Bildungsstätte Institutionen und Expert*innen aus der historisch-politischen Bildung strategisch beim Aufbau ihrer Social Media-Accounts und sensibilisiert und stärkt Influencer*innen und Creator*innen zum Umgang mit Antisemitismus, Rassismus, demokratiefeindlichen Narrativen und Geschichtsrevisionismus im Netz.

Marie-Sophie Adeoso
Ansprechpartnerin für
die Presse

T. (+49)69 560 00 - 264
M. madeoso@bs-anne-frank.de
→ bs-anne-frank.de

#SocialMediaVerbot

Hansaallee 150 |
60320 Frankfurt am Main